

WORTWECHSEL

BÜRGER INFORMIEREN BÜRGER | AUSGABE MÄRZ 2021

CDU Stadtverband
Wörth a. Rh.

14.03.2021

Wahlen zum Landtag
und zum Ortsvorsteher*

CDU ORTSVERBAND
WÖRTH



Meine Wahlkabine

heißt jetzt Home Office

Briefwahl: Besser.Sicher.Jetzt.

Ortsvorsteher

Torsten Werling

* Ortsvorsteherwahl nur Ortsbezirk Wörth

LESEN SIE AUCH

Wann ist in Wörth endlich Ruh? Verkehrsberuhigung jetzt.
Richtig oder Falsch: Faktencheck rund um das Thema Bäder

Visionen für Maximiliansau?

Büchelberg: Zeitnahe Lösungen

Schaidt nicht am Rand stehen lassen



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 14. März sind Sie aufgefordert, den Landtag zu wählen. Und das in Zeiten der Corona-Pandemie. Muss das sein? Überall sollen doch Kontakte beschränkt werden. Nur für die Politik zählt das nicht? So ist das. Leider? Nein! Was für ein Glück! Sie dürfen wählen!

Denn: Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes. Das „verleiht“ in unserer Republik seine Macht. An die Abgeordneten eines Parlaments. Legitimiert werden sie durch Wahlen, und das nur zeitlich beschränkt. Diesen Zeitraum, aus welchen Gründen auch immer zu verlängern, sollte tunlichst vermieden werden.

Wahlen verschieben?

Deshalb können die Wahlen für Rheinland-Pfalz nicht verschoben werden. Im Gegensatz zu denen in Sachsen-Anhalt. Dort geht es – nachdem sich das Parlament selbst aufgelöst hat - um eine vorzeitige Neuwahl.

Ortsvorsteher in Wörth: Spekulationen zum Rücktritt

Neuwahlen gibt es auch im Ortsbezirk Wörth. Weil der Ortsvorsteher vorzeitig auf sein Amt verzichtet. Darf über die Motive spekuliert werden? Sind es Verwerfungen innerhalb seiner Partei oder gehört der Rücktritt zu einem Verjüngungsprozess? Schließlich hat seine Fraktion den höchsten Altersschnitt im Stadtrat.

Jedenfalls nominierten die Parteifreunde des Amtsinhabers bereits wenige Tage nach dessen Rücktritt einen Nachfolgekandidaten. Na-

türlich ist das legitim. Aber damit wurden – beabsichtigt oder nicht – die Mitbewerber in Anbetracht der kurzen Zeit zum Wahltermin überrumpelt. Die Frage nach der Fairness im kommunalpolitischen Wettbewerb stellt sich.

Unabhängiger Ortsvorsteher

Umso mehr wollen wir Ihnen die Möglichkeit geben, einen unabhängigen Ortsvorsteher zu wählen. Der Ihre Interessen gegenüber Rat, Verwaltung und Bürgermeister vertritt. Der nicht Gefahr läuft, aus Gründen der Parteiräson dem Bürgermeister zu dienen. Unser Kandidat, Torsten Werling, hat in seinem eigenen Betrieb bewiesen: Er redet nicht nur; er MACHT! Selbständig, selbstbewusst und unabhängig!

Deshalb:

TORSTEN WERLING – DER RICHTIGE FÜR UNSER WÖRTH.



Entgegen sonstigen Gepflogenheiten raten wir dieses Mal nicht dazu: Gehen Sie wählen! Machen Sie dennoch von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Nutzen Sie in Coronazeiten die Möglichkeit zur Briefwahl. Zwei bzw. im Ortsbezirk Wörth vier Kreuze auf Ihrer Wahlbenachrichtigung genügen. Wenn Sie diese rechtzeitig an die Stadtverwaltung zurücksenden, erhalten Sie die Briefwahlunterlagen umgehend nach Hause.

Fragen Sie Freunde, Nachbarn oder uns von der CDU, wenn Sie Unterstützung brauchen. Und bleiben Sie gesund. Auch nach den Wahlen.

Ihr
Klaus Ritter
Vorsitzender
CDU Stadtverband

Ihr
Jürgen Weber
Vorsitzender
CDU Stadtratsfraktion

Banale Chancengleichheit im Wahlkampf

Verwaltungen entscheiden sachlich, objektiv, unparteiisch und überparteilich. Daran zweifeln? Auch wenn es darum geht, darauf zu achten, dass Wahlkampfregelungen eingehalten werden. Vetternwirtschaft will dabei niemand unterstellen. Schon gar nicht, wenn es um die Plakatierung in Wahlkampfzeiten geht. Dafür handelt es sich um ein viel zu banales Thema. Das artet leicht in ungeliebte Erbsenzählerei aus.

Regelungen dazu beachten? Für die CDU eine Selbstverständlichkeit. Sie hat deshalb auch eine mitwerbende Partei aufgefordert, ihre Plakatierung ordnungsgemäß mindestens zu reduzieren. Deren Reaktion darauf: Eifrig nachplakatieren. Ein Blick in die Genehmigung würde Klarheit bringen: Für beide Wahlen zusammen sind 60 Plakate erlaubt und nicht zweimal 60.

Will man das nicht wissen oder setzt man sich provokativ über Regelungen hinweg? Offensichtlich fühlt man sich vor Konsequenzen sicher? Ist es zuviel verlangt einen Blick in die Genehmigung zu erwarten? Ob die eingehalten wird, interessiert nicht einmal die Genehmigungsbehörde? Den Genehmigungsaufwand könnte man sich dann aber sparen.

Es würde zu weit gehen, deshalb Vetternwirtschaft zu unterstellen? Da würde doch Banales überbewertet? Obwohl der CDU von der obersten Stelle der örtlichen Verwaltung auch schon eine kostenpflichtige Ersatzvornahme angedroht wurde. Wegen eines Plakats, das vergessen wurde, rechtzeitig abzuhängen.

Aber auch das ist zu banal, um es zum Anlass zu nehmen, an Verwaltungen zu zweifeln. Die sind auch weiterhin vor allem unparteiisch und überparteilich!?!

IMPRESSUM
www.cdu-woerth.de

Herausgeber:
CDU Stadtverband Wörth am Rhein

Redaktion: Klaus Ritter (ViSDP), Egon Förster, Hajo Baldauf

Bildnachweise: Archive CDU und Stadtverwaltung Wörth

„Wann ist in Wörth endlich Ruh?“

Verkehr belastet – Beruhigungsmaßnahmen haben Grenzen!

Unbestritten: Die Menschen in der Ludwig- und Luitpoldstraße sind vom Verkehrslärm schwer belastet. Die Beschwerden der Anwohner sind berechtigt. Ähnlich geht es den Anwohnern in der Hanns-Martin-Schleyer-Straße. Auch wenn das Niveau nicht vergleichbar ist.

In beiden Fällen gilt es, den Durchgangsverkehr fernzuhalten. Für den muss es unattraktiv sein, durch Wörth zu fahren. Geeignete Maßnahmen dazu sind Vorfahrtsregelungen, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Parkflächen und vieles andere mehr. Sinn macht das allerdings nur dann, wenn die Regeln beachtet, ihre Einhaltung überwacht und Verstöße geahndet werden.

Sicherer Schulweg mit Ampelanlage überfällig

Im Altort wurde jetzt die Landesstraße zur Ortsstraße abgestuft. Damit hat man nun die angeblich notwendigen Voraussetzungen, um autonom Verkehrsberuhigungsmaßnahmen durchführen zu können. Konsens über eine Ampelanlage im Bereich St. Ägidius für einen sicheren Schulweg besteht hier seit langem. Selbst der Landesbetrieb Mobilität hatte Bedenken hinten angestellt. Seine Bedingung: Die Stadt trägt die Kosten für eine Ampel, unabhängig von der Trägerschaft der Baulast.

Demnach war es nicht erforderlich, die Landesstraße deshalb in die Zuständigkeit der Stadt zu übernehmen. Umso mehr ist nicht nachvollziehbar, warum die lange ersehnte Ampelanlage noch nicht installiert ist. Die aktuelle Lösung mit Lotsen ist einer privaten Initiative zu verdanken. Die dabei Beteiligten würden sich mehr als glücklich schätzen, wenn sie bei ihrer Arbeit entlastet würden.

Offen und ehrlich: Verkehrsberuhigung nicht grenzenlos möglich

Oder ist eine Verkehrsberuhigung am Ende doch nicht so einfach möglich? In diversen Wahlkämpfen wurde versucht, einen anderen Eindruck zu vermitteln. Inzwischen werden alte Wahlprogramme abgearbeitet. Auf Kosten des städtischen Haushalts. Dabei merkt man, hohe Erwartungen geweckt zu haben, die nicht erfüllt werden können? Denn die Ludwig-/Luitpold- und die Hanns-Martin-Schleyer-Straße sind Hauptverkehrsstraßen. Sie werden für den Ziel- und Quellverkehr auch weiterhin benötigt. Weil deren Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen extrem hoch, jedenfalls deutlich höher als der Durchgangsverkehr ist, wird sich die Belastung auf diesen Straßen nur minimal reduzieren lassen. Dieses Eingeständnis würde zu

einer ehrlichen Politik gehören. Die CDU hat sich davor noch nie gescheut.

Nur CDU am Pranger?

Wir und der seinerzeitige Bürgermeister mussten dafür monatelang ertragen, auf einem Plakat an den Pranger gestellt zu werden. „Herr Seiter von der CDU, wann ist in Wörth endlich Ruh?“ Das war für jedermann sichtbar kurz nach dem Ortseingang als Begrüßungsspruch zu lesen.

Sollten wir deshalb nunmehr ein ähnliches Schild erwarten dürfen? Oder hat etwa die Einsicht Einzug gehalten, dass es an manchen Straßen auch weiterhin Verkehrslärm geben wird? Dieses offene aber ehrliche Bekenntnis wird schon lange erwartet.



- Dafür steht die CDU:**
- machbare Maßnahmen, die den Durchgangsverkehr unterbinden
 - sichere Schulwege, insbesondere Querungshilfen
 - einen fairen Umgang mit dem unbestritten berechtigten Bedürfnis auf weniger Verkehrslärm



Stefan Kuhn



Helmut Karl



Karl Joachim Wittmann

Ganzjahresbad, Hallenbad und die Rolle des Landkreises dabei. Ein Faktencheck.

Rechtzeitig hat die CDU vor Jahren ein langfristiges Bäderkonzept auf den Weg gebracht. Zu einem Zeitpunkt als andere den Bestand der Bäder in Frage stellten. Das entwickelte Konzept soll jetzt umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang stehen Gerüchte und Behauptungen im Raum, die das Ganzjahresbad, den Betrieb des Hallenbades und die Rolle des Kreises betreffen. Wir haben diese Aussagen einem Faktencheck unterzogen:

Im Faktencheck: Das Ganzjahresbad

Richtig oder falsch: Ein Ganzjahresbad ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht günstiger für die Stadt und deshalb überfällig?

Grundsätzlich sind ein Hallen- und Freibad günstiger an einem als an getrennten Standorten zu betreiben. Man muss aber immer die örtlichen Verhältnisse und deren Entwicklung berücksichtigen. Für die Wörther Bäder sind alle der betriebswirtschaftlichen Betrachtungen in der Vergangenheit zu dem Ergebnis gekommen, dass der Betrieb an zwei Standorten günstiger war.

Denn als der Badepark gebaut wurde, war das Hallenbad gerade einmal 10 Jahre alt. Das schon damals zu ersetzen, hätte nicht nur hohe Investitionen, Zinsen und Abschreibungen zur Folge gehabt und damit Jahrzehnte zusätzliche Löcher gerissen. Sondern abgesehen davon hätte niemand verstanden, wenn das damals noch „junge“ Hallenbad deshalb abgerissen worden wäre.

Richtig oder falsch: Zukünftig wird ein Ganzjahresbad die Stadt weniger kosten als bisher zwei Bäder.

Wenn man von doppelt so hohen Einnahmen ausgehen würde wie bisher, könnte das gelingen. Das hieße, die Besucherzahlen oder aber die Preise zu verdoppeln. Oder von beidem etwas. Weder das eine noch das andere ist realistisch.

Richtig oder falsch: Die Stadt kann sich den Neubau eines Bades eigentlich nicht leisten!

Das Ganzjahresbad macht das Angebot nicht günstiger. Trotz aktuell bester Rahmenbedingungen: Das alte Hallenbad fast abgeschlossen, günstigste Zinsen und optimistische Prognosen, die in Erfüllung gehen vorausgesetzt: Bei annähernd gleichen Haushaltsbelastungen könnte die Stadt ein höherwertigeres Angebot unterbreiten. Für den Haushalt würden sich sogar Verbesserungen ergeben, wenn die Stadt Investitionszuschüsse erhielte. Den des Landes sollen die Wähler Wörth schon einmal gutschreiben. Wenn es nach einer Abgeordneten geht. Sie beruft sich auf das Ministerium. Das anderen Gemeinden erklären lässt, vor der Wahl keine Entscheidung über Zuschussanträge für Baumaßnahmen zu treffen. Bevor es sich aber unzulässige Wahlkampfhilfe nachsagen lässt, wird

es auf den ausstehenden Förderbescheid verweisen, mit dem die Stadt erst eine verlässliche Entscheidung nach dem 14. März erhalten soll. Die Freude über einen realistischeren Zuschuss wird deshalb wegen eines faden Beigeschmacks etwas getrübt.

Richtig oder falsch: Zukünftig wird die Stadt Eintrittspreise wie in großen Spaßbädern erheben!

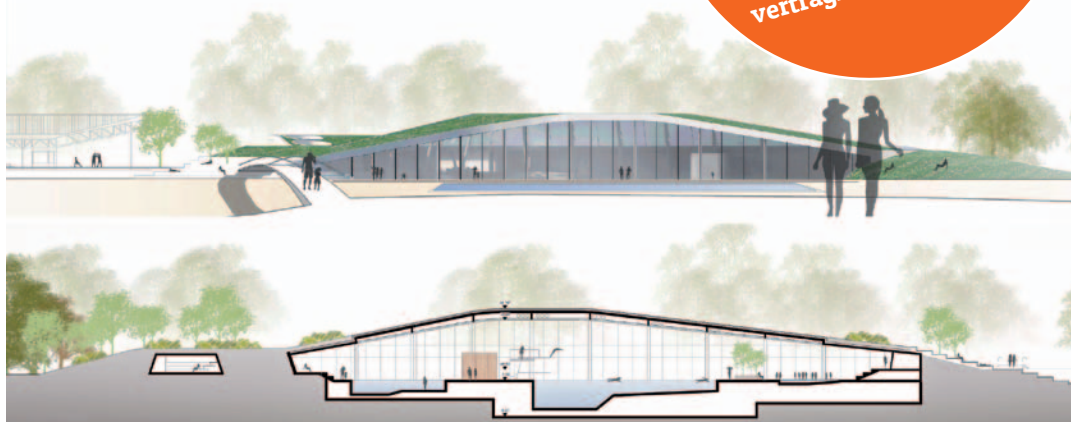
Es soll grundsätzlich auch zukünftig sozial verträgliche Eintrittspreise geben. Die Bädertarife waren in den letzten Jahren im Wesentlichen stabil. Dabei wird es nicht bleiben können. Bei der Entscheidung für das Bäderkonzept ist man von einer optimistischen Betrachtung ausgegangen: Mehr Besucher, höhere Eintrittspreise. Aber deutlich unter dem Niveau privater Spaßbäder.



Nina Weber



Hans-Joachim Baldauf



Im Faktencheck: Das Hallenbad

Richtig oder falsch: Das Hallenbad ist so marode, dass eine Schließung unumgänglich wurde.

Anzeichen dafür gab es in der Vergangenheit nicht. Dem Hallenbad wurde von Experten wiederholt ein guter Zustand bescheinigt. Gerade im Vergleich zu anderen Bädern. Es darf unterstellt werden, es war zuletzt nicht beabsichtigt, diese Zustandsbescheinigung durch die beauftragten Gutachten bestätigen zu lassen.

Vielmehr musste der Eindruck entstehen, es werden Gründe gesucht, die eine Schließung nach Möglichkeit als alternativlos rechtfertigen. Entsprechend wurden die Ergebnisse der Gutachten so bewertet und interpretiert, dass es nicht einmal ansatzweise in Frage kommen könnte, Überlegungen für Übergangslösungen zu erwarten. Vielmehr wurde versucht, andere für angebliche Versäumnisse verantwortlich zu machen.

Richtig oder falsch: Das Hallenbad wird für eine Übergangszeit fitgemacht. Das ist der Koalition (SPD und Grüne) im Stadtrat zu verdanken.

Laut Sitzungsniederschrift fand der Bürgermeister bei der Abstimmung im Juni keine Mehrheit für den Antrag, das Hallenbad ab sofort für immer zu schließen. Bei der Koalition gab es drei Mitglieder, die sich der Parteiführung nicht beugen wollten. Zwei Mitglieder fehlten.

Zu verdanken ist der weitere Betrieb des Hallenbads dem Druck der Vereine und der Bevölkerung. Dem hat die „bürgerfreundliche“ Koalition im letzten Moment in der Septembersitzung des Stadtrats und alles andere als leichten Herzens nachgegeben.

Bis dahin war leichtfertig wertvolle Zeit für eine Sanierung verspielt worden. Die war wohl nicht gewollt. Bei rechtzeitigem Sanierungsbeginn wäre eine Schließung 2020 nicht notwendig gewesen. Zur Begründung mussten überzogene Sanierungskosten herhalten.

Sich jetzt für den Erhalt des Hallenbads feiern zu lassen, ist deshalb ein dreistes Unterfangen. Wäre die CDU-Fraktion in der Stadtratssitzung im Juni nicht standhaft geblieben, hätte es noch größerer Anstrengungen als zur Stadtratssitzung im September bedurft, um auch in den nächsten Jahren über ein Hallenbad verfügen zu können. Das einzige im Landkreis.



Dafür steht die CDU:

- Bis zur Fertigstellung des Ganzjahresbades das Hallenbad weiterbetreiben
- Dazu die Sanierungen beschleunigen und das Notwendige tun

Richtig oder falsch: Die früheren Beigeordneten haben zu wenig für den Erhalt des Hallenbads unternommen.

Die Entscheidungen, was im Hallenbad gemacht wird und was nicht, haben die zuständigen Gremien meist einstimmig getroffen. Im Fokus standen dabei stets Hygiene und Sicherheit. Dabei hat gerade die SPD-Fraktion aufgepasst, dass sich das auf das Nötigste beschränkte. Im Hinblick auf ein schon lange ersehntes Ganzjahresbad sollte nicht unnötig Geld ausgegeben werden.



Heintz Heimbach



Johannes Babilon

Im Faktencheck: Der Kreis und die Bäder

Richtig oder falsch: Der Landkreis beteiligt sich nicht an den Kosten der Hallenbadsanierung, obwohl das Voraussetzung für die Entscheidung des Stadtrats ist.

In einer Stellungnahme in der Stadtratssitzung im Mai letzten Jahres hatte die CDU offiziell an den Landkreis appelliert, sich an den Bäderkosten zu beteiligen. Landtagsabgeordneter Martin Brandl (CDU) hat das im Kreistag aufgegriffen. Das Ministerium hat dem Kreis aber inzwischen signalisiert, ein Investitionszuschuss sei unzulässig.

Den hatte der Stadtrat bei seiner Entscheidung im September vorausgesetzt. Der Initiative von Martin Brandl (CDU) ist es aber zu verdanken, dass im Kreistag eine Mehrheit gefunden wurde, um der Stadt Würth zukünftig einen Strukturbeitrag zu zahlen. Dieser soll die Bemühungen honorieren, in den Bädern der Stadt mehr Kindern das Schwimmen beizubringen.

Somit kann die Stadt Würth in den nächsten Jahren zusammengefasst mit mehr als 500.000 € rechnen. Dieser Zuwendungsbeitrag stand bei der Beschlussfassung im Stadtrat im September auch im Raum.

Richtig oder falsch: Der Kreis zahlt zu wenig für die Bäder.

Ein Bäderangebot im Landkreis ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung und von großer Bedeutung für die Lebensqualität. Die Kosten können nicht an wenigen Kommunen hängenbleiben. Der Beschluss des Kreistags, von Martin Brandl und der CDU-Grünen-FWG-Koalition vorangetrieben, fordert den Landrat auf, mit den Bürgermeistern Gespräche aufzunehmen. Ziel: Die Zusam-

menarbeit bzgl. der Schwimmbadlandschaft im Landkreis zu intensivieren. Die finanzielle Lage der Stadt Wörth ist um ein vielfaches besser als die von anderen Gemeinden. Daher ist eine Beteiligung an den Wörther Bäderkosten keine Selbstverständlichkeit.



Martin Brandl



Andreas Eberle

Dafür steht die CDU:

- die Gunst der Stunde nutzen und mit Zuschüssen das Ganzjahresbad bauen
- vorläufig das Hallenbad weiterbetreiben: Sanierungen auf das Notwendige beschränken
- bei den Bädern Landkreis kurz- und mittelfristig mit ins Boot holen

Visionen für Maximiliansau?

Nicht einverstanden ist die CDU in Maximiliansau mit den hier vorgesehenen Bauleitplanungen. Sie spiegeln statt realistischer Überlegungen eher die utopischen Visionen eines Bürgermeisters wider. Für die schon zu viele Gelder nutzlos ausgegeben wurden.

Gewerbegebiet nötig?

Nach wie vor ist zwischen Maximiliansau und Wörth ein riesiges Gewerbegebiet geplant. Ist es nicht besser und sinnvoller, für ortsansässige Gewerbebetriebe nötige Flächen auszuweisen und daneben ein Wohngebiet mit Ein- und Mehrfamilienhäuser?

Alternativvorschläge der CDU werden jedes Mal abgelehnt, ohne sich damit ernsthaft zu beschäftigen, nur um das riesige Gewerbegebiet durchzudrücken.

„Interkommunal“ soll ein Gewerbegebiet mit ca. 65ha mitten auf bestem Ackerland entstehen. Ungeachtet der zu erwartenden Probleme, die die CDU aufgezeigt hat. Dazu gehören beispielsweise:

- Die vorgesehene Lage bringt unnötig viel Verkehr auf die bereits heute überlastete A65 und Rheinbrücke.
- Durch Vernichtung von Landwirtschaftsflächen wird die Existenz unserer Landwirte gefährdet.
- Im Konzeptpapier werden ent-

gegen den Lippenbekenntnissen des Bürgermeisters mehrfach Logistik- und Transportunternehmen als Nutzer genannt.

- Bei großen internationalen Firmen fallen in der Regel nur minimal Steuern hier lokal vor Ort an. Die Investitionen in die Infrastruktur müssen jedoch die ansässigen Bürger bezahlen.
- Nicht ein Quadratmeter ist im Besitz der Stadt. Die Finanzierungskosten können wir gar nicht vorstrecken.
- Hier wird über die Köpfe der Grundbesitzer und Landwirte hinweg entschieden.
- Für die Menschen in Maximiliansau würde das nur Lärm und Umweltbelastung bedeuten
- kein Gewinn weder für uns noch unsere Kinder.

Die Stadt Hagenbach war schlauer. Sie hat sich aus dem überdimensionierten Prestigeobjekt verabschiedet. Handelt es sich jetzt noch um ein interkommunales Projekt oder um einen Alleingang des Bürgermeisters?

Dringend benötigt: Wohnbaugelände

Die Verwaltung plant für die Fläche zwischen Halslache und Rheindeich in einem Bebauungsplan Wohnbaugelände auszuweisen. Auf solch eine Idee kann nur

jemand kommen, der weit weg vom Rhein groß geworden ist.

Unser Foto zeigt die jährliche „Bewässerung“ durch unseren großen Nachbarn Vater Rhein. Natürlich kann man heute entsprechend bauen und Flächen versiegeln. Das Wasser wird sich allerdings seinen Weg suchen. Und zwar in die älteren Häuser in der Umgebung.

Großflächige Versiegelung im Westen (50.000 qm) und dazu noch Versiegelung zum Damm im Osten sind nicht zu akzeptieren.



Dafür steht die CDU Maximiliansau:

- Bedarfsorientierte Planungen von Gewerbe- und Wohnbauflächen
- realistische Planungen statt kostspieligen Planspielen zur Umsetzung von Visionen.



Peter Pfaff



Egon Förster

Büchelberg: zeitnahe Lösungen

Die CDU in Büchelberg hat für das kommende Jahr einige wichtige Projekte auf der Agenda. Die Umsetzung und Erschließung des Baugebiets Wiesengrund Teil B steht immer noch an vorderster Stelle. Die CDU wird hier weiterhin Druck machen, damit junge Familien endlich in Büchelberg bauen können.

Sehr wichtig ist auch die Betreuung der Grundschulkinder. Hier wird in Büchelberg nach dem Unterricht ein qualifiziertes Angebot benötigt. Nach konstruktiven Gesprächen zwischen Verwaltung, Schule und Elternschaft zeichnet sich eine gute Lösung ab.

Auch das sehr wichtige Thema „Betreutes Wohnen/Tagespflege“ wird 2021 nicht nur die Gremien beschäftigen. Sobald es die Pandemie zulässt, soll es erste Treffen der Arbeitsgruppen geben,

um das weitere Vorgehen zu besprechen. Hier braucht es eine engagierte Gruppe von Bürgern/innen und die Unterstützung der Verwaltung.

Erfreulich ist auch, dass der Stadtrat den Bau eines Winterrasens in Büchelberg beschlossen hat. Nach vielen konstruktiven Gesprächen mit allen Beteiligten konnte so, nach der Ablehnung des Kunstrasenbaus, doch noch eine gute Lösung für Büchelberg und den Verein erreicht werden.

Das Thema Multifunktionsgebäude soll ebenfalls nicht aus den Augen verloren werden. Wenn man den Sanierungsbedarf der MZH und des Feuerwehrhauses im Blick hat, so ist mittelfristig der Neubau eines Multifunktionsgebäudes die wirtschaftlichere Lösung.



Stefanie Gerstner



Klaus Rinnert

- 
- Dafür steht die CDU Büchelberg:**
- Erschließung von Bauplätzen im Wiesengrund
 - Wichtige Einrichtungen für einheitliche Lebensverhältnisse in der Stadt: Betreuungsangebote für Grundschüler und Senioren, Winterrasenplatz
 - Mittelfristig der Bau eines Multifunktionsgebäudes als Ersatz für Mehrzweckhalle und Feuerwehrgerätehaus

Büchelberg und Schaidt nicht am Rand stehen lassen

Das gesellschaftliche Leben in Büchelberg und Schaidt – Wörth Ortsbezirke am und im Bienwald – ist wie auch in Wörth und Maximiliansau von der Corona-Pandemie betroffen. So konnten die Schaidter bisher nicht einmal die lange und heiß ersehnte Kulturhalle richtig genießen.

Die damit verbundenen „Schmerzen“ dürften jedoch erträglich sein. Insbesondere wenn die sonstigen Belastungen der Pandemie berücksichtigt werden. Belastender dürfte hier die Situation empfunden werden, als Ortsbezirke trotz der digitalen Anbindungen von den städtischen Angeboten und Geschehen abgeschnitten zu sein. Da nutzt selbst in Schaidt die dortige vorzügliche Anbindung an den ÖPNV nicht allzu viel. Ob berechtigt oder nicht – in Zeiten der Pandemie scheuen wohl viele, sich dem Infektionsrisiko in einem Zug auszusetzen.

Gerade Recht scheint hier der

Bürgerbus zu kommen. Auch wenn die Resonanz für dieses Angebot ebenfalls coronabedingt ausbaufähig sein dürfte. Für viele Mitbürger in Büchelberg und Schaidt ist die Einrichtung, die maßgeblich vom Seniorenbeirat initiiert wurde, von großer Bedeutung. Sicherlich ist es aktuell nicht die Zeit für touristische Fahrten. Gerade aber für Arztbesuche und für die Einkäufe des wöchentlichen Bedarfs ist der Bürgerbus für den einen oder anderen unverzichtbar.

Wenn es um die Anbindung der Ortsteile geht, ist auch die langjährige Forderung der Büchelberger CDU nach einer Radwegeverbindung mehr als berechtigt. Eine ordentliche Radwegeverbindung zwischen den Ortsbezirken sollte zur selbstverständlichen Grundausstattung gehören. Bei der Planung für Büchelberg sollte natürlich auch die Anbindung von und nach Schaidt mitberücksichtigt werden.



Hannedora Klippel-Edel



Claus Jöckle



Martin Frech

- 
- Dafür steht die CDU:**
- Ordentliche Anbindung von Büchelberg an das Radwegenetz
 - Radwege sollen auch eine verkehrssichere Vernetzung der Wörther Ortsteile ermöglichen
 - Die Planung für die Anbindung Büchelbergs soll auch die von und nach Schaidt berücksichtigen

Ortsvorsteherwahl am
14. März 2021



www.cdu-woerth.de

CDU
ORTSVERBAND
WÖRTH

Mit Energie
und Engagement
für Wörth

Torsten Werling

Für unsere Kinder:
Bildungschaos
beenden.

CDU

Martin

Brandl

Landtagswahl 14.03.21



ERSTSTIMME
#BesserBriefwahl

HEIMAT. SCHAFFEN. LEBEN.